



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/12311

Hitzevorsorge als kommunale Daseinsvorsorge stärken - Menschen vor den Folgen extremer Hitze schützen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, mit welchen Maßnahmen sie bereits jetzt im Interesse eines effektiven Schutzes vor extremer Hitze

- vulnerable Gruppen systematisch schützt,
- Gesundheits-, Sozial-, Pflege- und Planungsstrukturen besser vernetzt,
- soziale Ungleichheiten und besondere Belastungen hitzegefährdeter Bevölkerungsgruppen ausgleichend berücksichtigt.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert zu berichten,

- welche Unterstützungsangebote sie für kleinere Kommunen für Klimaanpassung und Hitzevorsorge zur Verfügung stellt,
- wie sie insbesondere Hitzevorsorge in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern in der kommunalen Klimaanpassung fördert,
- wie sie die Kommunen dabei unterstützt, Hitzeaktionspläne zu erstellen und umzusetzen,
- wie der aktuelle Stand des Förderfensters ‚Klimaschutz in den Kommunen (KommKlimaFÖR)‘ ist und ob eine Änderung bzw. eine Wiedereröffnung des Förderprogramms vorgesehen ist.“

Berichterstatter: **Andreas Hanna-Krahl**
Mitberichterstatter: **Stefan Meyer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 16. Juni 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
- in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender